

lich wechselnder guter Garderobe, warf dem Betroffenen 12 Schreibmaschinen-seiten lang vor, er habe durch seine Haltung in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933 und in den späteren Jahren Hitler und den Nationalsozialismus außerordentlich unterstützt.

Drei Punkte wurden ihm besonders zur Last gelegt: sein Gastverhältnis zu der Reichstagsfraktion der NSDAP, die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und prohitlerische Auslassungen in seinem Organ „Der evangelische Weg“.

„Ich nahm nur Fühlung mit der Reichstagsfraktion der NSDAP, um überhaupt noch politisch tätig sein zu können“, verteidigte sich der ehemalige Chef des „Christlich-sozialen Volksdienstes“. Sonst erinnere er sich an diese Zeit gar nicht mehr. Die Artikel im „Evangelischen Weg“ seien Tarnung gewesen. „Denn nur so konnte ich weiter gegen Hitler kämpfen.“

Der Kläger reduzierte seine Ansprüche und forderte die Einstufung in die Klasse 2 der Belasteten. Des Betroffenen Rechtsbeistand Rudolf Burk tippte auf „nicht betroffen“. Die Kammer vertagte sich. „Er wird Belasteter“, erzählte der KPD-Beisitzende in der Straßebahn. Dr. Walter Molt fuhr in Urlaub.

Vor den Kulissen von „Biographie und Liebe“ tauchte er wieder auf. Das Stuttgarter „Intime Theater“ war für die Urteilsverkündung beschlagnahmt worden. Molt ließ einen Belastungspunkt nach dem anderen unter den Tisch fallen und erkannte Simpfendorfers Tarnungspolitik an. Nur bei dem von Simpfendorfer unterzeichneten Wahlauftrag im „Evangelischen Weg“ empfand Dr. Molt die Anklage als berechtigt. Das könne man nicht mehr Tarnung nennen.

Franz Karl Maier, Lizenzträger der „Stuttgarter Zeitung“, saß an dem Presse-tisch. In seiner öffentlichen Anklägerzeit hatte er den Stein ins Rollen gebracht. „Wissen Sie, es ist mir ganz gleichgültig, in welche Stufe man ihn einreihet; es ging mir nur darum, ihn als Kultminister abzusagen“, sagte er nun.

Rußland darf mitmachen

Die einzige Rechtspartei

Dr. Leuchtgens hat große Sorgen. „Das ist ja ein „vicious circle“, rief er aus. „Sehen Sie“, erklärte er einem ihn interviewenden Pressevertreter, „die Militärregierung sagt, ich müßte erst mehr Mitglieder haben, bevor sie meine Partei als Landespartei zulassen könne. Ohne diese Zulassung jedoch kann ich keine öffentlichen Werbemittel, wie z. B. den Rundfunk, benutzen, und also nicht genügend Mitglieder werben. Aus diesem unsinnigen Kreislauf müssen wir heraus, dann erst können wir richtig loslegen.“

Die National-Demokratische Partei hat nämlich erst wenig mehr als 700 Mitglieder. „Die hervorragende Eigenschaft des Nachkriegsdeutschen ist Angst, sehr große Angst“, sagte der weißhaarige Doktor, der mit Bernard Shaw einige Ähnlichkeit hat. Kein Mensch habe den Mut, sich zu einer bestimmten Parteirichtung zu bekennen. Daran sei aber nichts weiter als „unkluger Entnazifizierung“ schuld.

Der ehemalige Seminarlehrer, der in Friedberg, unweit Frankfurt, in einer gemühtlichen Dreizimmerwohnung lebt, hat trotz seiner 70 Jahre mit der National-Demokratischen Partei viel vor.

In Flugblättern, adressiert an alle „freien, wohlgesinnten Deutschen“, ruft er zur Bildung einer „großen bürgerlichen Einheitspartei“ auf und fordert das Zweiparteien-system für Deutschland.



Wie George Bernard Shaw
Leuchtgens legt los

„Wir müssen uns heute politisch nach England und den USA richten“, meint er. In diesen Ländern gebe es auch nur zwei Parteien — eine linke und eine rechte.

Mit dem Staatskommunismus — sei er nun nationaler oder internationaler Prägung — müsse man in Deutschland endlich einmal Schluß machen, nachdem man ihm 200 Jahre lang gehuldigt habe. Dem will er eine auf den Ueberlieferungen der Jahrhunderte fußende „demokratische Bürger-, Arbeiter- und Bauernpartei“ entgegenstellen.

Leuchtgens, der ein eifriger Leser der anglo-amerikanischen Presse ist, fühlt sich besonders den englischen Kreisen eines Winston Churchill und den amerikanischen republikanischen Kreisen der Senatoren Taft und Vandenberg nahestehend.

„Wir sollten uns die angelsächsische Lebensweise zum Vorbild nehmen und endlich einmal die Macht des bisher allmächtigen Staates brechen“, sagt Leuchtgens. „Wir möchten ein schwaches, bundesstaatliches Deutschland, in dem der Staat nichts weiter zu tun hat, als für Ruhe und Ordnung zu sorgen.“

Die Hauptstadt des von ihm erstrebten Bundesstaates soll Frankfurt am Main sein. Aus traditionellen Gründen und auch „weil Berlin bereits auf slawischem Gebiet liegt“. Er beeilt sich aber hinzu-zusetzen, daß er die Ostzone keineswegs abschreibe. Die sei zum Wiederaufbau unbedingt nötig.

Vom Sozialismus möchte Leuchtgens überhaupt nichts wissen. Der führe nur über die Versklavung des Individuums zum totalitären Staat. Dasselbe gelte auch für den Kollektivismus. „Meine Partei ist bis jetzt die einzige Rechtspartei in Deutschland. Alle anderen zur Zeit bestehenden Parteien sind mehr oder weniger Linksparteien.“

Besonders schwer im Magen liegt ihm die neugegründete Republikanische Union Deutschlands. „Ihr Gründer, Wolfgang E. Breithaupt, wollte ursprünglich mit uns zusammenarbeiten. Aber nachdem er von uns Unterstützung empfangen hatte, ließ er uns schmähsch im Stich; ging nach

München und machte seinen eigenen Laden auf.“ Leuchtgens hat ihn abgeschrieben und will mit ihm nichts mehr zu tun haben.

Etwas ganz Neuartiges und Besonderes hat er sich für die Schaffenden ausgedacht. Er will „Berufsstände“ schaffen, an deren Spitze „Berufsstandskammern“ stehen. Sieben an der Zahl. Sie sollen für die Berufsausbildung und soziale Betreuung der Mitglieder verantwortlich sein.

Obenan stehen die Bauern. Dann kommt der Handwerkerstand, danach die Kaufleute. Es folgen die Angestellten, Beamten und Arbeiter. Die letzten in der Reihe sind die Gelehrten und Künstler. Professionelle Politiker stehen nicht auf seiner Liste.

Der ehemalige KZ-Inssasse weist besonders gern darauf hin, daß er bereits im Herbst 1945 ein vereinigtes Europa in sein Parteiprogramm aufgenommen habe. Unter englischer Führung sollen alle westeuropäischen Staaten darin vertreten sein. Das faschistische Spanien will er nicht als Mitglied sehen. Aber Rußland und seine Satelliten könnten jederzeit beitreten. Wenn sie Lust hätten.

Flüchtlings-Freiherr

In den besten Gründerjahren

Die Vertreter der Militärregierung horchten auf, die Presseberichte erwarteten aus ihrer Lethargie und beugten sich angeregt vor, als das Zonenbeiratsmitglied Görlinger Aufsehen erregende Mitteilungen von einer deutschen „Exil-Regierung der Ostvertriebenen“ machte. Dies geschah im Zonenbeirat anläßlich der ausgedehnten Debatte über das Koalitionsrecht der Flüchtlinge.

Robert Görlinger, der Bezirksbürgermeister in Köln und Vorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen ist, berichtete, daß auf Schloß Kappenburg bei Lünen in Westfalen, dem Stammsitz der Freiherrn vom Stein, ein gewisser Graf Kanitz sich zum Chef dieser Exil-Regierung gemacht habe, deren geistiger Vater der Freiherr von Rheinbaben sei.

Görlinger hatte diese Informationen vertraulich von seinem Freund Werner Jacobi bekommen, der, gleich ihm der SPD angehörend, Oberbürgermeister von Iserlohn und Lizenzträger der „Westfälischen Rundschau“ ist. Dr. Jacobi war nicht sehr erbaud, daß seine Ermittlungen auf diese Weise etwas verfrüht publik wurden. Denn inzwischen hatten seine Gewährsleute einige Punkte berichtet.

„Graf Kanitz hat gar nichts damit zu tun, er ist ein ehrenwerter Trottel, der viel zu malade ist und gar keinen Ehrgeiz hat. Auch Freiherr vom Stein hängt mit den Rheinbaben-Plänen nicht zusammen.“ So Jacobi.

Auf den rührigen Freiherrn Wilhelm von Rheinbaben ist das 39jährige, blondgelockte Iserlohner Stadtoberhaupt allerdings nicht gut zu sprechen. Der sehr vitale Jurist, den die Nazis acht Jahre ins KZ brachten und von dem man sagt, er sei als „Staatskommissar gegen Korruption“ vorgesehen, bezeichnet den blaublütigen Großgrundbesitzer als einen „Chancenjäger mit politischen Ambitionen“.

Der 63jährige Ostelbier, der fünf große Güter im heute von Polen besetzten Gebiet besaß, ist Experte im Vereinsgründungswesen. Kaum war er 1945 bei seinem Vetter, dem Grafen Stosch auf Hays Ruhr, mit einem großen Pferdetreck angekommen, als er auch schon ein „Selbsthilfe-Werk deutscher Flüchtlinge“ gründete.

Damals war Jacobi Landrat des Kreises Iserlohn und mißtraute dem freiherrlichen

Treiben. Kurzerhand ließ er die Korrespondenz Rheinabens beschlagnahmen und stellte fest, daß die inzwischen von Rheinaben vereinnahmten Flüchtlings-Spenden von diesem und seinem Sekretär, Herrn Heinemann, in Form von Reise-spesen verausgabt waren.

Das „Selbsthilfswerk“ köste sich auf. Man schritt zu neuen Gründungen. Zunächst folgte die „Interessengemeinschaft der Kriegsgeschädigten“ und, als die Pan-europa-Gedanken sich ausbreiteten, die „deutsche Liga für föderalistische Union Europas“. Diese neuen Gründungen gingen auf „Die Interessengemeinschaft im Nichts, die Liga im „Europäischen Bund“.

Dort hatte man Herrn von Rheinaben zunächst mit in den Vorstand gewählt, als sich fünf von den acht Pan-Europa-Vereinigungen zusammantaten. Dann aber überrundete der Herausgeber der „Stuttgarter Nachrichten“, Konsul Henry Bernhard, seinen Konkurrenten, der 37er Pg. war.

Den unverdrossenen Freiherrn focht das nicht an. Bankier Pferdmeiges in Köln versprach Kredit und Rheinaben in vielen Massenkundgebungen seinen Schicksalsgenossen Hilfe. Er war inzwischen nämlich in den Vorstand des „Hauptausschusses für Ostvertriebene“ gewählt worden und trug sich mit neuen Gründungsplänen, z. B. eines „Verbandes für vertriebene Industrielle“.

Bei solch einer Versammlung hatte der Redner, ein gewisser Karl Hitze, aus Rheidt, im Eifer des Gefechtes das Wort von der „Exil-Regierung“ der Ostvertriebenen gesprochen. Die Versammlungsteilnehmer, unter denen sich zahlreiche Träger adliger Namen befanden, applaudierten lebhaft.

Rheinaben hielt diese Redensart wegen ihrer besonderen Prägnanz für nicht unge-schickt gewählt, widersprach daher nicht und gab seinem Gegner Jacobi, somit die Achillesferse frei. Der SPD-Bezirkssekretär Gleißner zeigte sich (nach Angaben des Freiherrn) über die Anwürfe seiner Parteifreunde empört.

So glaubt Dr. von Rheinaben, daß er die SPD doch bald wieder auf seiner Seite haben könne. „Sie wird sich überzeugen müssen, daß ich ihr keine Konkurrenz machen will“. Auch mit den Kommunisten stehe er sich gut.

Der rüstige Paneuropäer und CDU-Mann, der sich sozusagen in den besten Gründerjahren befindet und dessen Mutter Französin war, wirbt vor allem für die Rückgabe der Ostgebiete. Noch hat die Militärregierung keinem seiner Vereine die Lizenz erteilt.



Der Hintermann der Exilregierung
Wilhelm Freiherr von Rheinaben

Beflügelter Ehard

Hundhammer in Gefahr

Am Tage, bevor sich der Länderaus-schuß der sozialdemokratischen Partei Bayerns in der räucherigen Bierstube eines Münchener Vorortes zu dem Entschluß durchrang, die diesjährige Regierungskoalition zu sprengen, trafen sich in dem feudalen, teppichgeschmückten Minister-zimmer des Kultusministeriums die beiden „Flügelmäner“ der Christlichen Union: der schwarzbärtige Pestalozzi-Pädagoge Dr. Dr. Alois Hundhammer*) und Dr. Josef Müller.

Nach einer vorsichtig geführten Unter-redung begegneten sie sich brüderlich und vereinbarten, gemeinsam das neue CSU-Kabinett zu machen. Dr. Müller will so den Hundhammer-Flügel gewinnen, um mit ihm Dr. Ehard, der sich durch seine aus-gleichende Farblosigkeit zum stärksten Mann der CSU entwickelt hat, wieder unter den Daumen zu bekommen. Dr.

*) Als Kronzeuge für die von ihm wieder eingeführte Prügelstrafe in den Schulen führte der bayerische Kultusminister jetzt den Schweizer Pädagogen an. Auch Pestalozzi sei als Verfechter der Prügelstrafe seinerzeit her-untergerissen worden.

Hundhammer tat so, als habe er den Glauben, den protestantisch-zentralisti-schen „Ochsensepp“ zu seinem konserva-tiven Dogma bekehrt zu haben.

Der alte Canaris-Offizier Dr. Müller schloß mit Dr. Hundhammer ein Geheim-bündnis, um den Ministersessel besteigen zu können. Er sicherte sich aber auch das Einverständnis von Landwirtschafts-minister Dr. Baumgartner, dem erklärten Führer des Bauernflügels der Union. Dr. Baumgartner hatte Dr. Müller noch vor kurzem den „Totengräber der Union“ ge-nannt, weil er die Wahl Dr. Schlange-Schönings zum Direktor der bizonalen Hauptverwaltung für Ernährung und Land-wirtschaft unterstützt und somit die Inter-essen Bayerns größtenteils vernachlässigt habe.

Nun erklärte Dr. Müller, er werde seine Frankfurter Scharte ausweiten, und nichts mehr stand im Weg, die gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten „freundschaft-lich beizulegen“.

Dies nun tat Alois Schlögl, dem General-sekretär des bayrischen Bauernverbandes und Führer des „linken Bauernflügels“, in der Seele weh, denn er hatte schon mit den sozialdemokratischen Gewerk-schaftsführern ausgemacht, gegen eine reine CSU-Regierung und für die Auf-lösung des Landtags zu stimmen. Nun stand der rotköpfige Bauerndoktor mit sei-nen nach links schielenden Mannen isoliert da, und es blieb ihm nichts weiter übrig, als leise murrend mitzumarschieren.

Das ist das Fundament, auf dem das vierte Kabinett Bayerns, die „Union der Union“ aufbaut. Dr. Müller, der „Außen-minister“, ist ihr starker Mann. Er wird versuchen, seine Parteifreunde mattzuset-zen, wobei Dr. Hundhammer in der Ge-fahrenzone eins steht.

Die übrigen neuen Minister, bisher wenig profilierte Köpfe, versprechen keinerlei Ueberraschung. Dr. Hans Seidel, der jetzige Wirtschaftsminister, ein ehe-maliger Rechtsanwalt aus Aschaffenburg und Müller-Mann, gilt als der kommende Mann der Union. Dr. Willi Ankermüller, der zum Innenminister avancierte Jurist, ist ein anhänglicher Hundhammer-Knappe. Heinrich Krehle, der neue Arbeitsminister, ein ruhiger christlicher Gewerkschafts-sekretär, will die Regenschaft seines Premiers unterstützen.

Dr. Ehard indessen schwebt bei diesem „Flügel schlagen“ über den Wolken. Seine Regierungszeit ist durch die Verfassung für vier Jahre gesichert. Auch in diesem Punkt besitzt er eine unerschütterliche Verfassungstreue.



Der Hintermann der Unionsregierung: Josef Müller (ganz rechts)
Mit ihm - wurden Minister (l. u. r.): Ankermüller, Krehle, Seidel